



Antrag

der Abgeordneten **Erwin Huber, Thomas Kreuzer, Tobias Reiß, Markus Blume, Karl Freller, Jürgen Baumgärtner, Dr. Otmar Bernhard, Alex Dorow, Max Gibis, Dr. Thomas Goppel, Petra Guttenberger, Christine Haderthauer, Hans Herold, Michael Hofmann, Klaus Holetschek, Dr. Gerhard Hopp, Oliver Jörg, Sandro Kirchner, Bernd Kränzle, Manfred Ländner, Walter Nussel, Eberhard Rotter, Heinrich Rudrof, Berthold Rüth, Ulrike Scharf, Tanja Schorer-Dremel, Dr. Harald Schwartz, Martin Schöffel, Jürgen Ströbel, Walter Taubeneder, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Mechthilde Wittmann CSU**

Impulse für Existenzgründer zügig vorantreiben

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die im Koalitionsvertrag auf Bundesebene zahlreich vorgesehenen Maßnahmen, gesetzlichen Initiativen und Förderprogramme für Existenzgründer, u. a. ein One-stop-Shop für Antrags-, Genehmigungs- und Besteuerungsverfahren und Bürokratieentlastung in den ersten Gründerjahren.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, auf Bundesebene sicherzustellen, dass die im Koalitionsvertrag vorgesehenen Vorhaben nun zügig konkretisiert und gut umgesetzt werden.

Der Landtag unterstützt die durch den Ministerrat beschlossene Einrichtung des GründerHubs Bayern, die Imagekampagne für das „Gründerland.Bayern“ und die Stärkung des Wagniskapitalangebots in Bayern sowie die weiteren Initiativen zur Vereinfachung und Beschleunigung von Gründungsverfahren, u. a. durch Fast Lanes für Gründer.

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die angekündigten Maßnahmen zügig umzusetzen bzw. auf Bundesebene die Verkürzung der handels- und steuerrechtlichen Aufbewahrungspflichten und die Rückkehr zur vierteljährlichen Umsatzsteuervoranmeldung anzustoßen.

Begründung:

Bayern fördert seit Jahren gezielt und erfolgreich Existenzgründer, u. a. im Rahmen der Initiative Gründerland.Bayern und setzt mit der Förderung von digitalen Gründerzentren und Netzwerken in jedem Regierungsbezirk Maßstäbe. Bayern hat sich insgesamt zum Ziel gesetzt, die Rahmenbedingungen für Existenzgründungen in Bayern kontinuierlich zu verbessern und Gründerland Nr. 1 in Europa zu werden.

Auf Bundesebene hat eine Umfrage von Bitkom Research jedoch kürzlich gezeigt, dass sich bei deutschen Start-ups Ernüchterung über die Politik breit macht und nur eine Minderheit glaubt, dass die im Koalitionsvertrag angekündigten Verbesserungen für Start-ups wahr werden. Die große Mehrheit (79 Prozent) geht davon aus, dass allenfalls wenige Maßnahmen tatsächlich umgesetzt werden. Es gilt daher, bei der Start-up-Politik das Tempo zu erhöhen und Maßnahmen im Bundesrecht zügig anzugehen.